

## Anordnungsmodell: Chronologie einer Kampfansage

Seit der Einführung des Psychologieberufegesetzes war klar, dass das geltende Delegationsmodell, das stets als Übergangslösung gedacht war, vom Anordnungsmodell abgelöst werden würde. Es erstaunte deshalb nicht schlecht, mit welcher Vehemenz einige Exponenten der Psychiatrie auf die Vernehmlassung des Bundesrats zur Neuregelung der psychologischen Psychotherapie reagierten, mit der sie ja seit Jahren rechnen mussten. Einige ihrer Medienbeiträge liessen jegliche Souveränität vermissen und waren offensichtlich darauf aus, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zu blossem Hilfspersonal herabzuwürdigen. Ob die Strategie, mit dem «Zweihänder» gegen die Verordnung vorzugehen aufgehen wird, wird sich weisen.

### Die Mediendebatte

Begonnen hat die öffentliche Auseinandersetzung in den Medien mit der Petition, mit welcher die drei Verbände ASP, FSP und SBAP und weitere sympathisierende Organisationen am 11. März 2019 gegen 95'000 Unterschriften, die sie innerhalb von nur drei Monaten gesammelt hatten, im Bundeshaus abliefern.

**09.04.2019, NZZ:** In seinem Gastkommentar mit dem Titel «Psychotherapie-Petition: schlechtere medizinische Versorgung zu höheren Kosten» bläst Erich Seifritz, Professor, Direktor und Chefarzt für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich das Halali der Gegner eines Anordnungsmodells für psychologische Psychotherapie. Die Forderung für die Zulassung in die Grundversicherung stelle eine grosse Gefahr für die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung in der Schweiz dar. Zudem drohe eine Kostenexplosion, ausgelöst durch steigende Patientenzahlen, weil auch andere Ärzte Psychotherapien verordnen könnten.

**10.04.2019, Ärztezeitung:** Unter dem Titel «Das Anordnungsmodell – Kopie eines 'kaputten Systems'» doppelt Seifritz in der Ärztezeitung nach, indem er das angestrebte Anordnungsmodell mit der Situation in Deutschland vergleicht. Dabei beruft er sich auf einen Gastkommentar von Dr. Manfred Lütz, Psychiater, Psychotherapeut und Mitglied im päpstlichen Rat für die Laien, der die Meinung vertritt, heute würden die Gesunden behandelt und die wirklich Kranken würden leer ausgehen. Seifritz behauptet, es hätten sich mit dem Anordnungsmodell in Deutschland zwei voneinander unabhängige Stränge entwickelt: ein psychologisch-psychotherapeutischer Strang für Personen mit leichteren Störungen und ein psychiatrischer Strang für schwerkranke Menschen, was dem Gesundheitssystem abträglich sei.

**15.04.2019, Tages-Anzeiger:** Beitrag von Simone Rau «Streit um Psychotherapie spitzt sich zu». Neben Seifritz und den Argumenten, die er in seinen Beiträgen lieferte, sprach sie mit verschiedenen Akteuren, so beispielsweise mit dem Stabschef des Zürcher Amtes für Justizvollzugs, dem es vorkommt, als wolle der Psychiater «seinen eigenen Garten schützen». Dabei müsse das Ziel die «bestmögliche Therapie für alle Patienten» sein. Jérôme Endrass, Fachpsychologe für Rechtspsychologie und Psychotherapie widerspricht im Beitrag Seifritz vehement. Es will ihm nicht einleuchten, weshalb ein System, das dem Patienten grössere Wahlmöglichkeiten gebe, schlechter sein solle. Im Übrigen würden sich die Psychiater nicht um die Schwerkranken reissen, denn niemand wolle sie. Im Gespräch mit Pierre Vallon, Präsident der FMPP, stellt sich heraus, dass Seifritz nicht die Meinung aller Psychiater vertrete. Der Modellwechsel würde aber starke Emotionen auslösen. Der Artikel hat übrigens 194 Leserkommentare erhalten.

**22.05.2019, Ärztezeitung:** Die Ärztezeitung gewährt Yvik Adler und Stephan Wenger, Co-Präsidentin und Co-Präsident der FSP, eine Replik zum Beitrag von Seifritz vom 10. April mit dem Titel «Der Vergleich mit dem deutschen 'Anordnungsmodell' hinkt gewaltig». Darin legen sie dar, dass das deutsche Anordnungsmodell nichts mit dem in der Schweiz geforderten System zu tun hat. In Deutschland müsse der Arzt oder die Ärztin lediglich bescheinigen, dass «keine medizinische Kontraindikation für eine Psychotherapie bestehe». Das von den Verbänden geforderte Modell sei hingegen der Physiotherapie nachempfunden. Es spricht für sich, dass sie erwähnen müssen, Psychotherapeut\*innen seien anerkannte Fachleute, die genauso gut ausgebildet seien, wie Fachärzt\*innen für Psychiatrie und Psychotherapie. Bereits heute seien sie qualifiziert, Diagnosen zu stellen und Therapieverfahren auszuwählen. Diese Tatsache hat Seifritz stets unterschlagen.

**22.05.2019, Ärztezeitung:** Erich Seifritz legt in der gleichen Ärztezeitung seinen Beitrag «Warum Psychiater und Psychologen zusammenarbeiten müssen» nach, in dem er Bezug nimmt auf den FSP-Artikel, aber nicht wirklich auf deren Stellungnahme eingeht. Er beharrt auf seiner Darstellung, psychische Störungen gehörten zu den medizinischen Erkrankungen, die «deshalb einer ärztlichen Diagnose und Therapieindikation nach dem bio-psycho-sozialen Modell» bedürften. Die von der Petition geforderte und durch einen Systemwechsel implementierte Separierung der Berufsgruppen sei der falsche Weg.

**26.06.2019, BAG:** Mit der Lancierung der Vernehmlassung zur Neuregelung der Psychologischen Psychotherapie im Rahmen der OKP erreicht das Projekt eine neue Stufe. Die Neuregelung will, dass «zugelassene psychologische Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen auf ärztliche Anordnung hin alle psychotherapeutischen Leistungen neu selbständig und auf eigene Rechnung erbringen können». Die Adressat\*innen der Verordnung erhielten bis zum 17. Oktober 2019 Zeit, ihre Stellungnahmen abzuliefern.

**26.06.2019, Medienmitteilung der Verbände:** In Absprache der drei Verbände ASP, FSP und SBAP wurde die Medienmitteilung «Ein Meilenstein für psychotherapeutische Versorgung ist in Griffweite» an die Medien versandt. «Mit der Eröffnung der Vernehmlassung über die Einführung der Anordnungsmodells löst der Bundesrat ein altes Versprechen ein», so die Einleitung.

**26.06.2019, NZZ:** In seinem Artikel «Warum sich Psychologen wie Prostituierte fühlen und Psychiater um ihre Pfründen fürchten» beruft sich der Autor Simon Hehli auf ein Gespräch mit einer anonymen Psychotherapeutin, die diese drastische Metapher verwendet hat. Der Vergleich zielt auf das Delegationsmodell, bei dem Psychotherapeut\*innen von Ärzt\*innen angestellt sind und zum Teil unter unwürdigen Verhältnissen arbeiten müssen. Doch seien «viele Psychiater darum bemüht, den delegierten Therapeuten ein gutes und faires Arbeitsumfeld zu bieten», so die NZZ. Einige Ärzte würden aber mit dem Delegationssystem gutes Geld verdienen. In dem Artikel werden auch Aussagen aus dem Gastbeitrag vom 09. April von Erich Seifritz zitiert und dessen Behauptung, dass das Anordnungsmodell verheerende Auswirkungen auf die Behandlungsqualität haben werde. Noch halte sich der Dachverband der psychiatrisch-psychotherapeutisch tätigen Ärzte FMPP bedeckt und wolle zuerst eine Mitgliederbefragung durchführen, so Hehli. Die Santésuisse zeige sich unter bestimmten Voraussetzungen offen für einen Systemwechsel.

**26.06.2019, Aargauer Zeitung:** Die Präsentation der Verordnung an der bundesrätlichen Medienkonferenz von Gesundheitsminister Alain Berset wurde in diversen Zeitungen thematisiert, unter anderen auch in der Aargauer Zeitung. Dabei erwähnte er, dass im Laufe eines Jahres bei bis zu einem Drittel der Schweizer Bevölkerung eine psychische Krankheit auftrete. Davon müssten die meisten behandelt werden. Die Mehrkosten, die der Systemwechsel verursachen werde, würden sich auf rund 100 Millionen Franken belaufen. Exakt beziffern könne der Bundesrat die Mehrkosten jedoch nicht. In diesem Zusammenhang wird die in der Vernehmlassung angestrebte Reduktion der heute geltenden 40 Therapiesitzungen auf 30 Sitzungen erwähnt; damit könnten die Kosten begrenzt werden. Der Bundesrat wolle die Auswirkungen der Neuregelung überwachen und über die nächsten Jahre ein Monitoring mit anschliessender Evaluation durchführen.

**17.08.2019, Tages-Anzeiger:** In einem Gastbeitrag mit dem Titel «Psychotherapie: Der Bundesrat auf Abwegen» nehmen Erich Baumann, Präsident der Vereinigung der Direktoren der Psychiatrischen Kliniken, Eduard Felber, Präsident der Vereinigung Pflegekader Psychiatrie sowie einmal mehr Erich Seifritz Stellung zum Verordnungsentwurf. Dabei bedienen sie sich Behauptungen, die weder belegt, noch nachvollziehbar sind. Die Schweiz verfüge über die weltweit höchste Dichte an Psychiatern und Psychologen, obwohl Studien belegen, dass die verschiedenen Systeme gar nicht vergleichbar sind. Das neue Modell «fördert die Behandlung leichterer Fälle». Damit sei das Risiko verbunden, dass komplexere und zeitintensivere Fälle nicht behandelt würden. Schwer psychisch kranke Menschen würden bei Psychotherapeuten nicht die Expertise und Erfahrung vorfinden, die sie benötigten. Das Modell würde auch das Risiko bergen, dass der Anreiz, schwere Fälle zu behandeln, abnehme. Zu guter Letzt erwähnen sie, dass Experten an einem «Koordinierten Anordnungsmodell» arbeiten würden, «bevor der Bundesrat einfach per Verordnung eine grundlegende Systemänderung verfügt».

**24.08.2019, CH Media:** Der Wirtschaftsredaktor Andreas Möckli versteigt sich in seinem Artikel «Psychologen sollen selbstständig Patienten behandeln können – Psychiater warnen davor», der in der Aargauer- und Luzerner-Zeitung erschienen ist, auf Aussagen, die jedem Fachwissen entbehren. Psychiater müssten viel längere Weiterbildungen absolvieren, glaubt er zu wissen. «Vereinfacht gesagt, beaufsichtigen sie dank ihrem grösseren Fachwissen die Psychologen.» Auch er beruft sich auf Erich Seifritz, schreibt aber in seinem Bericht, die Psychiater hätten sich bis dahin nicht verlauten lassen, bei gleichzeitiger Erwähnung der Artikel in der NZZ und im Tages-Anzeiger. Seifritz gemäss befinde sich der Bundesrat auf einem gefährlichen Weg, der sich über die zu knapp bemessene Weiterbildung der Psychologen Sorge, was im schlimmsten Fall für Patienten mit schweren psychischen Störungen gefährlich werden könne, zitiert der den Kritiker. Was dann folgt ist ein Sammelsurium von Aussagen zu Aus- und Weiterbildung von Psychologen und Psychiatern, die schlicht falsch sind. Der gesamte Artikel muss als miserabel recherchiert bezeichnet werden, da er vor falschen Aussagen und Halbwahrheiten strotzt.

**31.08.2019, Tages-Anzeiger:** Auch den Verbänden ASP, FSP und SBAP gewährte der Tages-Anzeiger einen Gastbeitrag mit dem Titel «Den Zugang zur Psychotherapie erleichtern – jetzt!». In sehr sachlichem Ton setzen sich Gabriela Rüttimann (ASP), Yvik Adler (FSP) und Christoph Adrian Schneider (SBAP) gegen den Artikel vom 17. August zur Wehr, in dem die Gastschreiber behaupten, das neue Modell fördere die Behandlung von leichteren Fällen und Psychotherapeuten seien nicht genügend ausgebildet, um schwere Erkrankungen zu behandeln. Das sei schlicht falsch, argumentieren sie. Mit ihrer rund zehnjährigen Aus- und Weiterbildung seien Psychotherapeut\*innen sehr wohl in der Lage, komplexe Fälle zu behandeln. Kaum eine psychiatrische Klinik könne den Betrieb ohne psychologische Psychotherapeut\*innen aufrechterhalten. Die Verbesserung des ambulanten Angebots in quantitativer und qualitativer Hinsicht ermögliche Betroffenen, frühzeitig behandelt zu werden, was hohe Folgekosten durch stationäre Aufenthalte und Arbeitsausfälle verhindere. Übrigens wird im Bericht erwähnt, dass man verschiedentlich das Gespräch mit den Psychiatern gesucht, aber nicht einmal eine Antwort erhalten habe.

**02.09.2019, Newsletter FMPP:** Den vorläufigen Tiefpunkt, setzt Pierre Vallon, seines Zeichens Präsident der FMPP, in seinem Brief an die Kolleginnen und Kollegen: «Vorsicht: Illusionisten sind am Werk». Unter anderem setzt er Psychotherapeut\*innen mit Hebammen und Krankenschwestern gleich. In einem zweiten Teil greift er die «Händler der Illusionen» an, die überall «alternative» oder «koordinierte» Modelle für die Anordnung von Psychotherapien verbreiten und so den Zusammenhalt ihrer Fachgesellschaften gefährden würden.

Im selben Newsletter wird auch die angekündigte Umfrage bei den FMPP-Mitgliedern präsentiert. Fast zwei Drittel der Befragten mit einer Rücklaufquote von 36,21% beurteilen das vorgeschlagene Anordnungsmodell als schlecht bis sehr schlecht. Das Umfrageergebnis muss jedoch differenziert betrachtet werden. Als Fazit erachtet der FMPP-Vorstand die neue Verordnung als Mogelpackung zulasten der Menschen mit schweren und komplexen psychischen Erkrankungen und zum Nachteil der Psychiatrie insgesamt.

19.09.2019: Zusammenfassung von Marianne Roth